



Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Rechtsausschusses
Frau Marlies Kohnle-Gros, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
konrad.wolf@mwwk.rlp.de
www.mwwk.rlp.de

9. Mai 2018

Mein Aktenzeichen 15411	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Herr Bleicher Marc-Antonin.Bleicher@bm.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16 2855 06131 16 172855
----------------------------	-------------------	----------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------

29. Sitzung des Rechtsausschusses am 19. April 2018
TOP 14: Bachelor-Studiengang "Wirtschaft und Recht" der Hochschule Kaiserslautern
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/2973 -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Tagesordnungspunkt „Bachelor-Studiengang ‚Wirtschaft und Recht‘ der Hochschule Kaiserslautern“ wurde in der Sitzung des Rechtsausschusses am 19. April 2018 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Die Hochschule Kaiserslautern (Fachbereich Betriebswirtschaft / Zweibrücken) wird in Kooperation mit dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken den Bachelor-Studiengang „Wirtschaft und Recht (B.A.)“ einrichten und durchführen.

Der betriebswirtschaftliche Studiengang „Wirtschaft und Recht“ ist weitgehend generalistisch ausgelegt, aber mit einer Vermittlung von vertieften Kenntnissen des Wirtschaftsrechts. Ziel ist es, Betriebswirtinnen und Betriebswirte mit einem ausgeprägten Problembewusstsein für juristische Fragestellungen auf der Basis eines juristischen Grundverständnisses auszubilden.



Das Konzept des Studiengangs wurde inhaltlich zwischen Oberlandesgericht und Hochschule abgestimmt. Zudem wurde die Zusammenarbeit in einer Kooperationsvereinbarung, die am 3. April 2018 in Anwesenheit von Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf und Justizminister Herbert Mertin unterzeichnet wurde, fixiert.

Das Oberlandesgericht unterstützt die Hochschule bei der Durchführung von Lehrveranstaltungen und insbesondere bei der Vermittlung von geeigneten Lehrbeauftragten i.d.R. aus dem Kreis der Richterinnen und Richter des Pfälzischen Oberlandesgerichts.

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit, für die Qualitätskontrolle und die inhaltliche Weiterentwicklung des Curriculums sieht die Kooperationsvereinbarung die Bildung eines paritätisch besetzten Beirats vor.

Zudem wird das Oberlandesgericht die Hochschule thematisch bei der Auswahl von Praxissemester- und Studienabschlussarbeiten begleiten.

Mit dem Bachelor of Arts „Wirtschaft und Recht“ wird in sieben Semestern ein erster berufsqualifizierender Abschluss erworben. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften liegt der Schwerpunkt auf den klassischen Bereichen der BWL und VWL. Im Bereich der Rechtswissenschaften liegt der Fokus im Bereich des Wirtschaftsrechts (einschließlich Arbeitsrecht).

Das Studium beinhaltet eine 12-wöchige Praxisphase im fünften oder sechsten Semester. Im siebten Semester wird ein EU-Projekt absolviert.

Die Aufnahme des Lehrbetriebes ist für das WS 2018/2019 geplant. Mit diesem Ziel wird derzeit das Akkreditierungsverfahren betrieben.

Der Fachbereich der Hochschule Kaiserslautern in Zweibrücken ergänzt mit diesem Studiengang sein Angebot strategisch um einen weiteren betriebswirtschaftlichen Studiengang, der deutlich stärker als die anderen Studiengänge in Richtung Rechtswissenschaften orientiert ist.

Der Fachbereich Betriebswirtschaft profitiert mit dem neuen Studiengang von dem großen Vorteil, im Zuge der Kooperation mit dem Oberlandesgericht in den juristischen Modulen des Studiengangs durch die Expertise der Richterinnen und Richter



des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken wertvolle Unterstützung zu erfahren. Neben den klassischen Inhalten der Betriebswirtschaft befasst sich der Studiengang mit aktuellen Inhalten wie Compliance, Europäische Studien und Sprachen, Informationsmanagement, Innovationsmanagement, Recht der neuen Wirtschaft etc. Die juristischen Inhalte werden rund 33 % des Studiengangs ausmachen. Die fächerübergreifende Kombination der beiden Disziplinen Wirtschaft und Recht versetzt die Absolvierenden in die Lage, nicht nur die wirtschaftliche Seite, sondern auch die rechtliche Seite von Problemen zu erkennen, einzuschätzen und einer konstruktiven Lösung zuzuführen.

Eine derartige Kooperation zwischen einem Oberlandesgericht und einer Hochschule, die auf eine gemeinsame Initiative des Präsidenten des Pfälzischen Oberlandesgerichts und mehrerer Professoren des Fachbereichs zurückgeht, findet bisher in Deutschland keine Parallele.

All dies gibt dem Studiengang ein Alleinstellungsmerkmal über die Region hinaus.

Absolventen mit betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Kompetenz sind heute anerkannt, geschätzt und gesucht. Sie besitzen ein eigenständiges Profil neben reinen Betriebswirten und Juristen.

Im Zuge des Akkreditierungsverfahrens werden die aus den ermittelten Beschäftigungschancen resultierenden Kompetenzprofile und das Curriculum detailliert aufeinander abgestimmt. Aktuell werden Beschäftigungspotentiale u. a. in folgenden Branchen angenommen:

Wegen des interdisziplinären Ansatzes kommen als Einsatzbereiche der Absolvierenden u. a. Beschäftigungen in der Unternehmensleitung mittelgroßer Unternehmen sowie in der Wirtschaftsprüfung, der Insolvenzverwaltung und der Unternehmensberatung in Betracht. Auch im Bereich der Öffentlichen Verwaltung werden Einsatzmöglichkeiten gesehen. Darüber hinaus ist als spezifischer Einsatzbereich namentlich das Gesundheitswesen mit dem dort herrschenden großen wirtschaftlichen Druck und der gleichzeitig starken rechtlichen Reglementierung vorstellbar.



Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur begrüßt die Kooperation nachdrücklich, weil alle Beteiligten davon profitieren werden. Es zeigt zudem, dass die Hochschulen des Landes stark in der Region verankert sind und ihre Lehre und Forschung eng an den Bedarfen und Stärken der Region und ihrer Partner ausrichten.

Prof. Dr. Konrad Wolf